

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Christina Heide

Vertreterin Gabriele Schröder

Vertreterin Birgit Holtz

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussvorsitzender Martin Ehlers

Stellv. Ausschussvorsitzender Thomas Suberg

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Beigeordneter Markus Bulla

Ausschussmitglied Darwin Reinhard

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Ausschussmitglied Helga Weinstock

Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"

Ausschussmitglied Martin Burkhart

Schülervertretung

Stimmberechtigter Sachverständiger Kian Jäger

Stadtelternrat

Stimmberechtigter Sachverständiger Carlo Cottin

Stimmberechtigter Sachverständiger Uwe Sassenburg

Vertretung der Lehrkräfte der Berufsbildenden Schulen

Stimmberechtigter Sachverständiger Matthias Thode

Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen

Stimmberechtigte Sachverständige Heike Prinz

Gäste aus dem Rat

Ratsmitglied Olaf Fischer

Gastgebende Schule

Herr Barkam, Herr Kathmann

Gäste aus den Schulen

Frau Oltmanns (Grundschule Rheinstraße), Frau Tietjen (NGW)

Verwaltung

Herr Brandt, Herr Hofmann

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 04.05.23
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Überörtliche Prüfung der Durchsetzung der Schulpflicht durch den Landesrechnungshof **70/2024**
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Informationen zur Cäcilien Schule
- 5.2 Informationen zur Schulentwicklungsplanung (SEP)
- 5.3 Informationen zum Ganztagsanspruch
- 5.4 Informationen zur Grundschule Rheinstraße - Gebäude Ebertstr. 96

Anmerkung: Den Wortmeldungen von Schulleitungen ging die einhellige Worterteilung voraus.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende **Herr Ehlers** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die ordnungsgemäße Einladung fest. **Herr Jäger** als neues Ausschussmitglied aus dem Stadtschülerrat wird anschließend nach § 60 NKomVG verpflichtet.

- 2 Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird genehmigt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Schulausschusses vom 04.05.23

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 04.05.23 wird bei vier Enthaltungen genehmigt.

- 4 Vorlagen an den Rat

- 4.1 Überörtliche Prüfung der Durchsetzung der Schulpflicht durch den Landesrechnungshof **70/2024**

Die Kommunalprüfung, so **Herr Brandt**, fand im letzten Jahr statt. Beteiligt sind neben dem Fachbereich Bildung und Sport das Jugendamt mit der Schulsozialarbeit und der Fachbereich Bürgerangelegenheiten mit der Bußgeldstelle, von denen viele Fragen für den Prüfbericht beantwortet werden mussten. Neben Wilhelmshaven wurden auch andere Kommunen überprüft. Die zeitnahe Bearbeitung von Schulpflichtverletzungen war nicht immer sichergestellt, was auch in Wilhelmshaven zutraf, weil die zuständige Mitarbeiterin längerfristig erkrankt und zuvor die Stelle nicht immer besetzt war. **Herr Brandt** zitiert im weiteren Verlauf aus der

„Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte“ des Prüfberichts. Hinzu weist er darauf hin, dass das vom Jugendamt etablierte System „Klassenassistenzen“ in den Schulen gut funktioniert.

Statistiken zu Schulabbrüchen und Schulabschlüssen sowie die Daten zur Schulsozialarbeit werden erbeten. **Frau Heide** verweist auf erfolgreiche VHS-Kurse, über die Schulabschlüsse nachgeholt werden können und Angebote der Agentur für Arbeit. Für **Frau Prinz** ist wichtig, dass eine Kommune weiß, wo Schulabgänger bleiben, damit Maßnahmen zur Unterstützung ergriffen werden können. Bei Nichtverfolgung besteht das Risiko, dass sich Biografien verlieren. **Herrn Cottin** fehlt grundsätzlich eine Übersicht zu Unterrichtsausfallzeiten – Schulpflicht ist für ihn auch eine Verpflichtung der Schule bzw. des Landes und nicht nur der SchülerInnen. **Herr Burkhardt** appelliert, dass Unterricht i. S. der SchülerInnen so gut und attraktiv wie möglich gestaltet werden muss.

Auf Nachfrage von **Herrn Ehlers** gibt **Herr Hofmann** an, dass bei Jugendlichen ab 14 Jahren an allgemeinbildenden Schulen 5,-- € und im Wiederholungsfall 7,50 € pro Tag berücksichtigt werden. Bei BerufsschülerInnen und für Erziehungsberechtigten gelten 7,50 € und im Wiederholungsfall 10,-- €. Bei Bußgeldern, die 300,-- € bzw. 400,-- € überschreiten, wird der übersteigende Betrag gekappt. Tendenziell steigen die Fallzahlen.

Herr Ehlers spricht sich dafür aus, sofort, konsequent und auf die Schulen bezogen gleichmäßig mit Schulabsentismus umzugehen.

Auf die Anlagen „Durchführung-der-Schulpflicht_...“ und „Verfahrensdiagramm Schulpflichtverletzungen...“ wird verwiesen.

Beschluss: Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Der Landesrechnungshof Niedersachsen hat bei elf Städten und Landkreisen i. R. einer Kommunalprüfung die Durchsetzung der Schulpflicht geprüft. Die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung werden in der Sitzung kurz vorgestellt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Informationen zur Cäcilien Schule

Herr Barkam teilt mit, dass das Cäcilien gymnasium schon seit 120 Jahren existiert. Insgesamt werden rd. 700 SchülerInnen beschult, darunter viele Kinder aus der Ukraine mit einer hohen Fluktuationsrate. 60 % der Schülerschaft stammt aus Wilhelmshaven, 40 % aus Friesland und Wittmund. Die Mittelbereitstellung ist für freie Schulen eine andere als für städtischen Schulen. So gibt es z. B. den Kostenpunkt Schulsozialarbeit nicht. **Herr Barkam** weist darauf hin, dass seine Schülerschaft alles andere als homogen ist: So gibt es SchülerInnen katholischer, evangelischer, russisch-orthodoxer oder koptischer Konfession. Hinzu kommen auch muslimische SchülerInnen und Kinder ohne Religionsbekenntnis. Baulich habe sich nach mehr-

jähriger Planung und Bauphase auch einiges getan, wofür der Neubau und die neuen Fluchtwegetreppen Zeichen sind.

5.2 Informationen zur Schulentwicklungsplanung (SEP)

Auf die zweite Begleitgruppensitzung vom 05.03.24 verweist **Herr Brandt**. Im April folgt die nächste Sitzung mit dem Schwerpunkt Raumprogramm und -planung. Danach erfolgt die Grundlagenzusammenführung. Im Juni soll das „Endprodukt“ präsentiert werden. **Herr Brandt** geht ausführlich auf die erhobenen Raumbestände und -bedarfe sowie sich teilweise ergebenden Fehlbedarfe aller Grundschulen (dabei auch der Schulstandort ehemalige BBS in Heppens) und des Förderzentrums ein. Viele Räume können – auch im Ganztags – multifunktional genutzt werden.

Auf Nachfrage von **Frau Heide** teilt **Herr Brandt** mit, dass der Ganztagsbetrieb ab 2026 nicht an allen Schulen ermöglicht, sondern der Ganztagsanspruch nur grundsätzlich gewährleistet werden muss.

Nach Auffassung von **Frau Weinstock** und **Herrn Fischer** ist die ehemalige BBS in Heppens als Grundschulstandort geeignet.

Herr Burkhardt bemängelt die fehlende Einladung aller Gruppen- und Fraktionsvorsitzenden zur Begleitgruppensitzung. Er appelliert, sich bei den Raumgrößen nicht an Minimalgrößen zu orientieren.

Zur Nachfrage von **Herrn Ehlers** zur nötigen Beschlussfassung der Schulentwicklungsplanung verweist **Herr Brandt** auf die Haushaltsplanungen im Herbst 2024 und die künftigen Wirtschaftspläne von GGS.

Auf die Anlage „Präsentation 2. Sitzung Begleitgruppe...“ wird hingewiesen.

Pause von 16:50 bis 17:00 Uhr.

5.3 Informationen zum Ganztagsanspruch

Auf die Förderrichtlinie des Landes zur Finanzierung ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote und die damit verbundene Finanzierung verweist **Herr Brandt**. Die Fördersumme beträgt für Wilhelmshaven rd. 2,8 Millionen €, zu dem ein Eigenanteil von 15 % hinzuzurechnen ist (ca. 495.000,-- €). In Niedersachsen liegt die Quote des Ganztagsausbaus im Grundschulbereich bei rd. 70 %, in Wilhelmshaven bei 36 %. Auch Betreuungszeiten in Ferien müssen i. R. des Ganztags künftig intensiver berücksichtigt werden. **Herr Cottin** will auch die Grundschulen beachtet wissen, die sich bereits im Ganztags befinden. **Herr Suberg** fordert, beim Ganztagsausbau auch die Freiflächen zu betrachten und hinterfragt, welche Institutionen beim Ganztags einbezogen werden. Zur Gestaltung und Gewährleistung des Ganztags brauchen die Schulen, so **Herr Brandt**, viele Partner wie z. B. Sportvereine und kirchliche Einrichtungen.

Zum Hinweis von **Herrn Burkhardt** teilt **Herr Hofmann** mit, dass sich mit dem Ganz-

tagsausbau die Schülerströme verändern werden, dies beobachtet wird und ggf. Schulbezirke angepasst werden müssen.

Frau Weinstock, Frau Prinz und Herr Burkhardt sprechen sich für den Ganztagsausbau an allen Grundschulen aus.

Zur Frage der Personalfinanzierung von **Frau Heide** gibt **Herr Brandt** an, dass das Land bereits Mittel einsetzt und über die Förderrichtlinie weitere Mittel fließen. Hinzu erklärt **Frau Oltmanns**, dass ein Kontingent von Lehrerstunden kapitalisiert werden können, um damit zusätzliche Kräfte einzustellen. Schwierig ist, dass die daraus resultierenden Arbeitsverträge oft nicht attraktiv genug sein können (wenig vertragliche Arbeitszeit und geringes Einkommen).

Siehe auch Anlagen „SchA_2024-03-07_Ganztag...“ und „Ganztag_MK_2024-01-22“.

5.4 Informationen zur Grundschule Rheinstraße - Gebäude Ebertstr. 96

Herr Brandt bedauert, heute keine aktuelle Information zum Auszug der Flüchtlinge mitteilen zu können und entschuldigt Herrn Schönfelder, der krankheitsbedingt fehlt. **Herr Ehlers** erwartet die umgehende Klärung der vertraglichen Situation zur neuen Flüchtlingsunterkunft durch die Verwaltung. Auf Frage von **Herrn Burkhardt** erklärt **Herr Brandt**, dass es zu wenig Containerstellfläche auf dem Schulgelände gibt weist auf die hohen Kosten hin. **Frau Prinz** und **Herr Cottin** haben den Eindruck, dass die Grundschule Rheinstraße keine Priorität bei der Stadt hat. **Frau Holtz** verweist auf ggf. nutzbare Räume der Unfallkasse des Bundes. **Herr Suberg** kann angesichts eines bestehenden Mietvertrags die Angst vor evtl. Konsequenzen eines Einzugs in die neue Flüchtlingsunterkunft nicht nachvollziehen. **Herr Fischer** kritisiert, dass die Verwaltung hier offenbar nur eine Lösung und nicht vorsorglich noch Alternativen verfolgte.

Ende öffentlicher Teil

B Nichtöffentlicher Teil

Ende der Sitzung 18:15 Uhr

Brandt/Fachbereichsleitung

Ehlers/Vorsitz

Hofmann/Protokollführung